

Lesehilfe zum Mythenplakat Bürgergeld

WAS STECKT DAHINTER? Was Sozialstaatskritiker erreichen wollen.

Die Kritik am Bürgergeld folgt einem klaren Muster: Es soll der Eindruck entstehen, dass das Bürgergeld eine ‚soziale Hängematte‘ sei, die leistungslosen Wohlstand verspreche. Dieses Bild ist nicht zufällig gewählt, sondern dient einem bestimmten Zweck – die soziale Akzeptanz der Sozialleistung Bürgergeld schwinden zu lassen, damit Mehrheiten für Sozialleistungskürzungen entstehen. Das funktioniert, indem Bürgergeldbeziehenden z.B. pauschal vorgeworfen wird, nicht an Arbeit interessiert zu sein (sogenannte „Totalverweigerung“). Das Bürgergeld wird durch diese Stigmatisierung zu einer **Drohkulisse, die Angst vor Arbeitslosigkeit schürt und so auch Beschäftigte unter Druck setzt**, die dann eher schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne akzeptieren. Der Fokus auf Druck und die Verschärfung von Sanktionen ist vor allem ein **Motor für den Niedriglohnsektor** und atypische Beschäftigung. Gleichzeitig **lenkt diese Erzählung von der eigentlichen Ursache sozialer Ungleichheit** ab: der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen. **Sozial Schwache werden zum Sündenbock** gemacht, während die strukturellen Probleme unangetastet bleiben – die, auch rein finanziell, deutlich gewichtiger als mutmaßlicher Massenbetrug beim Bürgergeld ist. So weist die BA den finanziellen Schaden, der 2023 durch Leistungsbetrug im Bürgergeld entstanden ist, mit 260 Millionen Euro aus. Der geschätzte Schaden, der durch Steuerhinterziehung entstanden ist, liegt hingegen bei ca. 200 Milliarden Euro – ein Thema, das bei weitem nicht so viel Gewicht in der gesellschaftlichen Debatte hat wie mutmaßlicher Massenbetrug beim Bürgergeld.

WAS SIND DIE FAKTEN? Was wirklich stimmt.

Die Realität im Bürgergeld sieht ganz anders aus als gemeinhin versucht wird darzustellen. Es handelt sich bei den 5,5 Millionen Bürgergeldbeziehenden keineswegs um 5,5 Millionen Menschen, die sofort in der Lage sind, eine Arbeit aufzunehmen. Ganz im Gegenteil: **die Gruppe der Bürgergeldbeziehenden ist sehr vielfältig**. Unter den 5,5 Millionen sind z.B. 1,5 Millionen Kinder unter 15 Jahren, die in Familien leben, in denen die Eltern Bürgergeld beziehen. Weiter gibt es auch rund 1,5 Millionen Menschen im Bürgergeldbezug, **die arbeiten wollen, es**

aber nicht können, weil sie z.B. Angehörige pflegen, alleinerziehend sind, oder langzeiterkrankt sind. Oder aber, ältere Jugendliche bzw. junge Erwachsene, die zur Schule gehen, eine Ausbildung machen oder ein Studium absolvieren. Bürgergeld beziehen auch rund **800.000 Menschen als Aufstocker** – die also bereits arbeiten, aber so wenig mit ihrer Arbeit verdienen, dass sie mit Bürgergeld aufstocken müssen, weil ihr Einkommen nicht zum Leben reicht. Die eigentliche Skandalzahl in der Bürgergeldstatistik! Das zeigt: Bürgergeld ist kein Ersatz für Arbeit, sondern eine notwendige Unterstützung für viele. Und was ist mit den angeblichen ‚Totalverweigerern‘? Tatsächlich sind es von den rund 1,8 Millionen Menschen, die Bürgergeld beziehen und dem Arbeitsmarkt direkt zur Verfügung stehen nur etwa **18.000 Personen** – ein verschwindend geringer Anteil. Keine Frage, Betrug ist nie in Ordnung. Das Bild vom massenhaften Nichtstun jedoch ist also eins, das mit den Fakten nichts zu tun hat und den diversen Problemlagen der Beziehenden von Bürgergeld nicht gerecht wird.

WAS IST DIE LÖSUNG? Wie ein gerechter Sozialstaat funktioniert.

Ein gerechter Sozialstaat funktioniert nicht durch Druck und Zwang, sondern durch Unterstützung und faire Chancen. Dazu gehören **bessere Rahmenbedingungen** z.B. durch Sprachförderung ebenso wie gezielte Hilfen für Alleinerziehende oder pflegende Angehörige. Sanktionen und Druck helfen hingegen nachweislich nicht um Menschen nachhaltig in Arbeit zu integrieren, hier braucht es eher **Unterstützung**, z.B. in Form von Coaching. Gerade in Zeiten der Transformation unumgänglich: Investitionen in **Beratung und Qualifizierung**, damit Menschen nachhaltig befähigt werden, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Insgesamt braucht es **gute Löhne und sichere Arbeitsbedingungen für alle**, damit niemand auf ergänzende Leistungen angewiesen ist und dem Niedriglohnsektor nicht Vorschub geleistet wird. Wer Menschen befähigt, am Arbeitsmarkt teilzunehmen, stärkt die Gesellschaft insgesamt. Bürgergeld ist kein Luxus, sondern ein Sicherheitsnetz, das Menschen auffängt, wenn sie in Not geraten. Es ist Ausdruck von Solidarität – und diese Solidarität ist die Grundlage für sozialen Zusammenhalt.